

**Bezugspreis**  
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 2,00 M., vierteljährlich  
5,00 M., durch die Post 6,00 M.  
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-  
nummern 15 Pf. Bestellungen werden  
von allen Reichspostämtern ange-  
nommen. Am 1. September  
erscheint unter **Neuzeit** eingetrag.  
Für unvorantgesehen eingegan-  
gene Manuskripte wird keine Gewähr  
übernommen. Nachdruck nur mit der  
schriftlichen Genehmigung des Ver-  
lages. Ferner der Geschäftsstelle Nr.  
1149, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
u. 1419, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;  
Postkassen-Konto Leipzig Nr. 4609.

# Neuzeit-Blatt

Deutsches Jahrgang.

**Abbestellen**  
werden d. Geschäftsstelle 3,40 M. dr. Milli-  
meterpreis oder deren Raum mit  
20 Pf. berechnet u. in unfern An-  
nahmestellen u. allen Anzeigenge-  
schäften angenommen. Reflektoren  
des 92 mm dr. Millimeterpreis 60 Pf.  
Anzeigen-Rahmenpreis 20 Pf.  
11 Uhr, für die Sonntags-Abt. abds.  
6 Uhr. Abbestellungen, sowie zu-  
sätzliche, müssen schriftlich erfolgen.  
Erscheinungsort: Halle, Markt Nr. 11.  
11 Uhr, für die Sonntags-Abt. abds.  
6 Uhr. Abbestellungen, sowie zu-  
sätzliche, müssen schriftlich erfolgen.  
Erscheinungsort: Halle, Markt Nr. 11.  
11 Uhr, für die Sonntags-Abt. abds.  
6 Uhr. Abbestellungen, sowie zu-  
sätzliche, müssen schriftlich erfolgen.  
Erscheinungsort: Halle, Markt Nr. 11.

## Eine deutsche Note über die Hegearbeit der Polen.

WTB. Berlin, 10. Sept. In Versailles ist folgende Note überreicht worden:  
„Mit lebhafter Sorge verfolgt die deutsche Regierung die von unerantwortlicher polnischer Seite aus-  
sichtlich der Vorgänge in Oberschlesien seit unange-  
nehm 14 Tagen mit unermüdeter Stärke in Wort und  
Schrift gegen Deutschland betriebene Hege. Sowohl  
in zahlreichen Volkserhebungen an allen größeren  
Orten Polens gehaltenen Reden über die Ereignisse  
und Verhältnisse in Oberschlesien sind geeignet, die  
breiten Massen des polnischen Volkes in eine ge-  
fährliche Erregung zu versetzen und sie zu Ge-  
walttaten aufzureizen. Unverhüllt wird bemerkt  
Einschreiten, als ob Krieg, gefordert und zur  
Bildung von Freischaren aufgerufen.“

Die deutsche Regierung glaubt bei Zustimmung der  
polnischen Regierung und der übrigen alliierten und  
assoziierten Mächte sicher zu sein, wenn sie es als erste  
Pflicht der polnischen Regierung bezieht, diesem  
Freiben entgegenzutreten und mit allen  
Kräften auf eine Berichtigung der öffentlichen Meinung  
in ihrem Lande hinzuwirken.

Eine fortgesetzte Quelle der Bemerkung liegt in  
dem Umstande, daß die in der Nähe der Grenze zum  
Schutze der Dörfer und zahlreicher industrieller  
Werkstätten stehenden deutschen Truppen fort-  
gesetzt in großen Teilen polnischer Dörfer an-  
gegriffen sind. Die Dörfer haben unermüdet über die  
Grenze vor, fügen den deutschen Mannschaften Verluste  
zu und ziehen sich, sobald stärkere deutsche Kräfte er-  
scheinen, ebenso schnell über die Grenze  
zurück. Es bedarf der ganzen Selbstbeherrschung der  
deutschen Truppen, daß sie sich nicht in Verfolgung  
solcher Dörfer zu einer Grenzverletzung hinreißend  
lassen, was das zünftige deutsche Generalkommando  
in der amtlichen Mitteilung vom 2. September be-  
sonders hervorhebt. Hier genügt es nicht, daß die polni-  
schen an der Grenze befindlichen Streitkräfte un-  
fähig bleiben; vielmehr wäre es dringend erforderlich, daß  
diese Streitkräfte für starke Versperrung der Grenze  
gegen den Rücktritt von Dörfern sorgen, und daß sie  
verbünden, daß sich diese Dörfer mit Waffen und  
Munition versehen. Die Fortdauer der letzten, auf  
die Dauer sowohl für die Truppen, wie für die Grenz-  
behörden unerträglichen Zustände würde den Ein-  
druck erwecken, daß die polnischen Heereskräfte mit Wissen  
und Zustimmung der polnischen Zivilbehörden an diese  
Gelegenheit benutzen, um mit Nachdruck darauf hinzu-  
wirken, daß sie in enger Verbindung mit der preussischen  
Regierung aus Rücksicht des allgemeinen Friedens  
und des öffentlichen Wohls mit Erfolg bemüht ist, in  
Oberschlesien Ruhe und Ordnung und damit die Fort-  
führung von Arbeit und Produktion zu sichern.“

## Wann erfolgt die Entente-Befragung Oberösterreichs?

Berlin, 10. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) In den  
hiesigen amtlichen Stellen ist, wie wir hören, von einem An-  
trag des Generals Dupont auf sofortige Befragung Ober-  
österreichs durch die Entente nichts bekannt. General Dupont,  
der gestern aus Oberösterreich nach Berlin zurückgekehrt ist,  
stand seitdem mehrfach mit den amtlichen deutschen Stellen  
in Verbindung, hat jedoch von einem Antrag auf sofortige  
Befragung, wie es in einer Haas- und Reutermeldung heißt,  
keine Zueignung gemacht. In hiesigen maßgebenden Kreisen  
glaubt man Grund zu haben, die Ansicht der französischen  
und englischen Agenten für unzureichend zu halten. Man  
glaubt auch, daß die Bedingungen von polnischer Seite aus-  
gehen, um man eine weitere Befragung Oberösterreichs durch  
Entente-Kräfte noch wie vor mit allen Mitteln erschwert.  
Die deutsche Regierung steht wie bisher auch weiterhin auf  
dem Boden des Friedensvertrages und vertritt demgemäß  
die Ansicht, daß eine frühere Befragung Oberösterreichs als  
im Vertrag festgelegt, nicht zulässig sei. Eine solche Be-  
fragung würde höchstens in Frage kommen, wenn Deutschland  
eine Einwilligung dazu geben würde.

## Die Lage in Glogau.

Glogau, 10. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Bei den  
letzten Ausschreibungen in Glogau wurden 10 Personen  
getötet und 11 verletzt. Während der Nacht wurden sämtliche  
Straßenkreuzungen im Innern der Stadt durch  
Wachposten streng bewacht. Die Befragung des Be-  
ratungsausschusses ist bisher nicht beschlossene, ebenso hat die  
Rückkehrfähigkeit bisher von dem angekündigten Streit abge-  
sehen.

## Dubois über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages.

WTB. Versailles, 10. Sept. (Drahtnachricht.) Der Abg.  
Louis Dubois, der Berichterstatter des Friedensvertrages  
der Kammer, hat gestern die ganze Sitzung mit einer Rede  
über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages ange-

füllt. Nach seinen Berechnungen hat der Krieg Frankreich  
353 1/2 Milliarden gekostet. Der Schaden der besetzten Departe-  
ments beträgt Dubois auf 124 Milliarden. Diesen Schaden  
müsse Deutschland erheben. Die Wiederherstellung der ver-  
wüsteten Gebiete müsse vor allen anderen Wiederherstellungen  
gehen. Auf eine Bemerkung des Abgeordneten Franklin  
Bouillon sagte Finanzminister Klotz, der Vertrag könne  
nicht geändert werden. Er habe sicher keine Fehler und keine  
Vorzüge, jedoch ist es nur ein Vertrag mit Deutschland. Es  
handele sich nicht um ein Abkommen mit Amerika oder Eng-  
land. Ueber die Frage der Priorität unserer Forderungen  
werde noch debattiert. Dubois fuhr dann fort und legte im  
Witzigen auseinander, welche Garantien der Vertrag Frank-  
reich bringe. Er behauptete nämlich, daß die Frage der von  
Deutschland auszugehenen Staatsbankrott, und betonte, daß  
diese Scheine keinen Geldwert haben würden, wenn man nicht  
sicher sei, daß Deutschland am Bankrotte zahlend werde. Da-  
mit sei gesichert werden können, müsse der Völkerverbund  
in Aktion treten. Wenn er die Solidarität aller Alliierten  
möglich machen könne, dann werden die deutschen Zertifi-  
kate sicher Befreiung finden. Wenn aber der Völkerverbund  
sich nur moralisch verpflichtete, dann habe das seinen Wert.  
Auch die Frankreich gerichteten Schiffe müßten erlegt wer-  
den. Man müsse den Alliierten sagen, daß dies unmöglich  
möglich wäre. Dubois behauptete ferner die Frage der  
Rückkehr der Minister. Dubois erklärte, daß dies unmöglich  
man habe nicht mehr erreichen können als im Artikel 237, den  
Frankreich selbst vorgeschlagen habe, zugestanden worden sei.  
Dubois erklärte weiter, er würde es abtrotzen nicht an-  
gebracht, wenn der deutsche Generalstab mehr leisten  
müßte als der französische, und er hoffe, daß eine der-  
artige Maßnahme Deutschland vom Völkerverbund ange-  
sehen würde; Abg. Bedine widersprach, worauf Finanz-  
minister Klotz erklärte, die Wiederherstellung des Kom-  
missionen verhandelt allein mit Deutschland und sei mit  
starken Nachmitteln ausgestattet.

## Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages.

WTB. Versailles, 10. Sept. Heute vormittag 10 Uhr  
land im Schloß zu Saint-Germain die Unterzeichnung des  
deutsch-österreichischen Friedensvertrages statt.  
WTB. Saint-Germain, 10. Sept. (Haas.) Staats-  
kanzler Dr. Renner unterzeichnete den Friedensvertrag  
um 10 Uhr 15 Minuten vormittags. Die rumänische  
und die südafrikanische Delegation waren bei der Zeremo-  
nie der Unterzeichnung nicht anwesend. Die Unter-  
zeichnung war um 11 Uhr 10 Minuten beendet. Die  
rumänischen und die südafrikanischen Bevollmächtigten er-  
warteten Instruktionen ihrer Regierungen. Der  
Oberste Rat ließ ihnen bis Sonnabend Zeit, ihre Absicht  
mitzuteilen.

## Die Antwort auf die deutsche Note betr. Deutsch-Oesterreich.

WTB. Paris, 10. Sept. (Haas.) Freiherr von  
Lersner hatte am Dienstag abend eine Beipredung  
mit Major Draudt über dessen Befragungsreise durch  
die deutschen Kriegsgefangenenlager. Die angekündigte  
Note wegen der Revision der deutschen Verfassung wird  
Dern von Lersner erst heute überreicht werden.

WTB. Versailles, 10. Sept. Hauptmann Kaperch,  
Kommandant der Militärabteilung zur Ueberwachung  
des Gebietes des Westerrons, wurde am Dienstag nach-  
mittags in das Ministerium des Innern zur  
Entgegennahme einer Note an Herrn von Lersner, die  
die Antwort auf die Bemerkungen der deutschen Regie-  
rung über die Vereinigung Oesterreichs mit Deutsch-  
land darstellte.

## Die Viehlieferung an die Entente.

Berlin, 10. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die Forde-  
rungen der Entente betreffend Lieferung von Vieh gemäß  
den Friedensverträge sind vollständig noch nicht abgeschlossen.  
Frankreich hat aus Sorge vor Seucheneinführung keine  
Forderungen auf Lieferung von Schweinen ernstlich und  
Beitrag Hosen und Federhut verlangt. Die Reichsregierung  
hat dem Bundesrat bereits Aufstellungen zugehen lassen  
über die Höhe des abzugebenen Viehs. Es soll versucht  
werden, das Vieh reichlich anzuschaffen, um Zwangs-  
lieferungen zu vermeiden. Die Preisstellung macht aber noch  
Schwierigkeiten.

## Instruktion der ausländischen Missionen über den Verkehr mit deutschen Antisepersonen.

WTB. Amsterdam, 10. Sept. (Drahtnachricht.) Der  
Londoner Vorkonferenzen des „Manchester Guardian“  
erklärt, daß das englische Auswärtige Amt an die aus-  
ländischen Missionen ein Rundschreiben gerichtet hat,  
worin den Mitgliedern dieser Missionen Anweisung  
für ihren Verkehr mit deutschen Antisepersonen gegeben  
wird. Es wird ihnen möglichst anempfohlen, jedoch  
nabegelegt, keinen gefälligen Verkehr zu pflegen. Die  
Posthaft in Berlin wird zweifelsfrei wieder errichtet.  
Man erwartet aber, daß für einige Zeit ein Geschäfts-  
verkehr an der Spitze stehen wird. Der Name, das in  
diesem Zusammenhang allgemein genannt wird, ist der  
deutsche Diplomat, der früher seine Beziehungen zu  
Deutschland unterhalten hat.

## Naumann als Künstler.

Von  
Oberbürgermeister Bohmann,  
Mitglied der Nationalversammlung.

Das Nationaltheater in Weimar ist geschlossen, die  
Nationalversammlung hat ihr Leben beendet, sie gilt als  
Reichstag. Durch die Forten des Hauses ist nicht mehr  
der gesellige Adelstand des Volkes, quillt nicht mehr der  
Strom der Neugierigen, Jünger, Zuhörer, Vertreter ihrer  
eigenen Wünsche. Das Alltagsleben ist vorüber, es viele  
der den Platz Passierenden den Kopf wenden und die Augen  
heben wie die, welche an der Paulskirche zu Frankfurt a. M.  
vorbei der Straße ziehen? Ob das Nationaltheater in  
Weimar in der Erinnerung und Wertschätzung gleich sein  
wird der Paulskirche?

Die Nationalversammlung scheidet in das Reichstagsge-  
bäude in Berlin über, vor dessen Eingang die Statue des  
alten Bismarck steht. Von Schiller und Goethe wieder zu  
Bismarck, von Weimar nach Berlin. Der genos loci wird  
ein anderer. Niemand konnte sich ihm in Weimar entziehen,  
niemand vermog es in Berlin. Der größte Tag der  
Nationalversammlung war in Berlin der 12. Mai.

Nicht alle, die nach Weimar kamen, kehren in Berlin  
wieder in das hohe Haus des Reichstages ein. Friedrich  
Naumann gehört zu denjenigen, die inswischen in das Tal  
des Lebens eingingen. Mancher von den Überlebenden wird  
in aller Vergessenheit fagen und denken: Dem Patroclus  
liegt begraben und Iphigenia kommt zurück.

Friedrich Naumann war ein Redner. Viele, und dazu  
gehöre ich, werden ihn den Redner der Nationalversam-  
lung nennen. Nicht, daß er viel redete, das und daran lag  
ihm nichts. Was macht der Redner? Ein wahrer großer  
Redner ist ein wahrhaft großer Künstler! Ein wahrhaft  
großer Künstler muß große Gedanken haben und sie formen  
können, sei es in Metall, sei es in Material, in Stein, Holz  
u. s. w., sei es in der herrlichen Begabung des Menschen, in  
und mit der Sprache.

Naumann war ein Künstler der Sprache, ein klassischer  
Künstler des Ausdrucks der Gedanken. Wenn seine Reden  
wären klar durchsichtig, wohlgeordnet im Aufbau der ein-  
zelnen Sätze und des Ganzen. Seine Rede bei Beginn der  
Nationalversammlung ist ein Meisterstück des Meisters, seine  
parlamentarischen Reden nur zu sammeln, wäre ein Ver-  
dienst. Er hatte tiefe, warme Gedanken und er hatte das  
Wissen dazu. Er war ein Forscher und Finder zugleich,  
über das Vergangene, Gegenwart und Zukunft, verstand  
und verband sie miteinander.

Daneben stand ihm zur Verfügung ein wundervolles,  
wandlungsfähiges Organ von großem, mächtigem Umfang.  
Das Instrument des Sprechens war bei ihm wie das einer  
Orgel. Mühelos war es ihm flundenlang geüßig, ohne  
ermüdung, in immer gleicher Frische, wie der Strom der  
Gedanken.

Er war klarer geistiger, aber kein Komödiant ge-  
worden. Wie viele von den Parlamentsrednern sind nicht  
Komödianten.

In der Verfassung hat er einen Versuch der Grund-  
rechte des deutschen Volkes entworfen. Hier hat er keine  
Gedanken verortet, sie komponiert. Im vorletzten Para-  
graphen steht der Schlußsatz mit dem Jubelruf von  
Deutschland wendet er sich zum Ende. Denn Naumann war  
„national“, dieser Mann liebt sein Vaterland wirklich  
„über alles“. Mit dieser Mischung wird man diesen Ver-  
such der Grundrechte des deutschen Volkes allezeit lesen.  
Esel, selbstlos, lebenswürdig und freudig, glücklich im  
Verkehr, beiseite für sich und ohne Hochmut, nicht ohne  
Lächeln über und mit der Welt, in der er lebte, so war er  
der unsere. Ein Prophet, der den politischen Messias neu  
kündete, auf den wir warten.

## Steuerungsehung.

Von hervorragender parlamentarischer Seite  
wird uns geschrieben:  
Der Entwurf einer Reichsabgabenordnung zählt 451  
Paragrafen und enthält in der Tat eine große Menge  
Steuerentwürfe. Da ist es freilich kein Wunder, daß er große  
Anziehungskraft auf das Publikum nicht ausübt und wenig  
geneigte Leser findet. Das ist aber sehr bedauerlich. Denn  
dieser Entwurf birgt auch vieles in sich, was keineswegs bloß  
für den Steuerbeamten, sondern in hohem Maße auch für den  
Steuerpflichtigen von Wert und Interesse ist und insbeson-  
dere das Wirtschaften in einanderbenennender Weise berührt.  
Gleich unter dem ersten Paragraphen findet sich eine Vor-  
schrift, die auf das Verhältnis des einzelnen zum Staat als  
Gesetzgebender getreuere rekonstruierend wirken möchte.  
Es wird der Begriff der „Steuerungsehung“ neu konstruiert.  
Bisher gab es die nicht. Es war niemandem verordnet, seine  
Rechnungsbücher zu eingurichten, daß er möglichst wenig  
Geldern zu entrichten brauchte. Und er hierfür taugliche  
Formen, so konnte er sie ruhig benützen, ohne das juristisch  
oder moralisch Vorwurfs eines Verstoßes gegen das Steuer-  
gesetz befürchten zu müssen. Solange das Gesetz nicht et-  
was von dem Gebiete abgrenzt, sondern wirklich einseitig ge-

meist war, hatte es nicht nur wirtschaftlich, sondern auch steuerrechtlich Anspruch auf Respektierung. Das soll jetzt anders werden. Es des Entwurfs stellt den Grundgedanke auf: „Die Steuerlast kann nicht durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmaßnahmen des bürgerlichen Rechts umgangen oder gemindert werden.“ Ein solcher Mißbrauch liegt vor, wenn

1. in Fällen, wo das Gesetz wirtschaftliche Vorgänge, Tatfachen und Verhältnisse in der ihnen entsprechenden rechtlichen Gestaltung einer Steuer unterwirft, zur Umgehung der Steuer nicht entsprechende, ungewöhnliche Rechtsformen gewählt oder Rechtsgeschäfte vorgenommen werden, und

2. nach Lage der Verhältnisse und nach der Art, wie Verfahren wird oder Verfahren werden soll, wirtschaftlich für die Beteiligten im wesentlichen verheerliche Erfolge erzielt wird, der erzielt wäre, wenn eine den wirtschaftlichen Vorgängen, Tatfachen und Verhältnissen entsprechende rechtliche Gestaltung gewählt wäre, und ferner

3. etwaige Rechtsnachteile, die der gewählte Weg mit sich bringt, tatsächlich keine oder geringe Bedeutung haben.

Im Gegensatz zum bestehenden Recht ist also der Staatsbürger vom Standpunkt des Steuerrechts aus verpflichtet, für seine Rechtsgeschäfte diejenige Form zu wählen, die dem Staat als Steuerzahler als die am sich engemessene vorzuziehen. Sonst macht er sich einer Steuerumgehung schuldig, die allerdings als solche strafflos bleibt, aber ihn in die peinliche Lage versetzt, ein Geschäft vertreiben zu müssen, das er vor nicht abgeschlossen hat, und noch dazu den für empfindliche Naturen schließlich nicht gleichgültigen Mangel einer Steuerumgehung auf sich zu nehmen. So begründet und gerechtfertigt der Wunsch ist, dafür zu sorgen, daß Steuerpflichtigen nicht durch die Wahl abstrakt liegendes Wege für die Gestaltung der Rechtsverhältnisse wirkungslos gemacht werden, so ist es doch recht fraglich, ob der Vorstoß des Entwurfs in seiner Unbegrenztheit und Unschärfe mit dem Richtigen trifft. Ein Ausgleich wird sich vielleicht in anderer Weise finden lassen.

### Besserung der deutschen Kreditverhältnisse in Amerika.

S. Haag, 10. Sept. (Sig. Drahtnachricht.) Aus New York wird gemeldet: „Darin Geyser“ berichtet, daß die Garantie Trust Company in Amerika beschloß, das Geschäft für seine Einkäufe in Amerika nicht nur einen Kredit von sechs Monaten bis zu zwei Jahren zu gewähren, sondern auch die Besorgung dafür nicht mehr in Dollar, sondern in Mark stattfinden zu lassen, da eine Steigerung der deutschen Werta innerhalb dieser Zeit als wahrscheinlich angesehen ist.

### Herabsetzung der englischen Flotte auf Reservekräfte

WTB. London, 10. Sept. Die Admiralität hat Beschluß erlassen, die Schlachtschiffe der Heimatflotte und die vier und fünfsechzig Reservekräfte vom 1. Oktober an auf Reservekräfte herabzusetzen. Die zehnjährige Reserveflotte wird nach Beendigung ihres Dienstes in der Flotte ebenfalls auf Reservekräfte herabgesetzt werden. Die neugebaute Reserveflotte und das zweite Geschwader leichter Kreuzer werden mit voller Besatzung der atlantischen Flotte zugeteilt. Die U-Bootflotte wird auf drei herabgesetzt werden.

### Vorfußzahlung an die preussischen Beamten.

WTB. Berlin, 10. Sept. Die preussische Staatsregierung hat sich, wie wir von ausländischer Seite erfahren, verpflichtet gesehen, den zahlreichen, in letzter Zeit an die gerichtsärztlichen Einrichtungen und Anträgen auf Gewährung einer Vorfußzahlung, auf das nicht fällig werdende Gehalt der Beamten hinzuwirken. Dementsprechend sind die einzelnen Behörden von den übergeordneten Ministerien ermächtigt worden, auf Antrag den planmäßigen Beamten auf die am 1. Oktober d. J. fälligen Dienstbezüge einen Vorfuß in Höhe eines Monatsbetrages, mindestens aber 500 Mark, und den außerplanmäßigen Beamten und Lohnangehörigen höherer Ordnung die am 1. Oktober oder 30. September dieses Jahres fälligen Dienstbezüge schon jetzt zu zahlen.

### Kohlennot im Ruhrkohlengebiet.

Essen, 10. Sept. (Sig. Drahtnachricht.) Die Folgen der Kohlennot zeigen sich jetzt auch im Ruhrkohlengebiet. Selbst die Stadt Witten ist sich bereits zu einer lauten Einbringung der Gaslieferung veranlaßt, damit bei der ungenügenden Kohlenlieferung wenigstens Gas zu Feuerungsanlagen in Verfügung gestellt werden kann. Auch die Straßenbeleuchtung wird in Witten erheblich eingeschränkt. Der Regierungspräsident hat die Forderung um ein Drittel herabgesetzt, weil die Gasfabriken infolge mangelhafter Kohlenlieferung zum Teil stillliegen.

### Keine Erwerbslosen-Unterstützung für entlassene Streikende.

WTB. Berlin, 10. Sept. Der „Lok.-Anz.“ meldet: Der reichliche Minister des Innern hat folgende Verfügung getroffen:

„Der Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin hat beschloßen, denjenigen Streikteilnehmern, die während des Streiks der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht nachgekommen sind und deshalb entlassen wurden, Erwerbslosen-Unterstützung zu verweigern. Dieser Beschluß steht im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen. Im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister erlaube ich Sie deshalb ihn außer Kraft zu setzen, und bemerke, daß ich eine Ueberrahme etwaiger aus dem Beschluß entstandener Kosten auf Reichsfonds aus den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufend nicht befürworten, auch nicht in der Lage sein würde, Deckung aus Staatsmitteln bereit zu stellen.“

### „Die roten Lakaien der Entente“.

Unter dieser Ueberschrift redet in der Glorie der Mehrheitssozialist Paul Benich mit den „Unabhängigen“ u. a. wie folgt freuetur:

„Den englischen Sozialisten ist es wohl noch nie gelungen, gegen die Eroberung der Welt durch England zu protestieren, zum größten Teil bestimmern sie sich nicht um

auswärtige Probleme. Die deutschen Unabhängigen aber sind die etwas anders gelaufen, als die roten Lakaien der Ententebourgeoisie, vor ihr sie wie derfeste Pudel, „sich“ machen und nur dann ihre melodiösen Stimme erheben, wenn ihre Heroin kommandiert: wie spricht der Hund? In der Tat haben diese Pudel nie gesagt, gegen den Ungezogenwahn der Ententebourgeoisie auch nur zu murren. Sie haben ihn bejubelt, ihn verteidigt, gerechtfertigt, wie sie ja auch den Militarismus sofort bejubelnd fanden, sobald er bei der Entente eintrat. Und diese Lakaien, schließlich Benich, schwärzen von „Westrevolution“, zu der sie die Massen aufzufordern!“

Im Zusammenhang damit sei festgestellt, daß auch die Besände, das Zentralorgan der russischen Volkswirtschaft, mit denen die deutschen Unabhängigen so gern kooperieren, ihnen das Zeugnis ausstellt, daß sie sich als ebenbe Lakaien begnadigen. Die Stiefeln der französischen Generale zu laden, obwohl diese Stiefeln mit Arbeiterblut besudelt sind.“

### Unabhängiger Wirrwarr.

In der „Leipziger Volkszeitung“ breiten sich Rüdiger Geyer und Hermann Wilmann, als die Partei der Unabhängigen zur Diktatur der Arbeiter herbeizuführen wollen, nicht. Geyer sagt ja, Wilmann nein. Wilmann weist darauf hin, daß die russischer Sowjets nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Er sagt:

„Die Kommunisten Rufstuden sind besonders stolz darauf, daß die geheime Wahl jedem Wähler erlaubt, nach seiner Uebersetzung zu wählen. Die unabhängige Sozialdemokratie hat auf dem zweiten Rätekongress ausdrücklich die Verhältniswahl zum Zentralrat verlangt, auch darin liegt das Bekenntnis, daß bisher die unabhängige Sozialdemokratie das Ergebnis der Wahl anerkennt, daß sie also die Einführung der Mehrheit der Arbeiterklasse und nicht die Diktatur einer Minderheit will.“

Von besonderer Bedeutung ist, daß die Forderung der Diktatur der Arbeiter viel weiter geht als die kommunistische Programmformulierung. Die Kommunisten erklären in ihrer Broschüre: „Was will der Spartakusbund?“ folgendermaßen:

„Der Spartakusbund wird nicht anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unabweislichen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Klasse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aufgaben, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“

Der Spartakusbund will sich also nur auf die große Mehrheit der Proletarierklassen stützen, nicht auf die gesamte Arbeiterklasse, wie die Kommunisten behaupten, wenn eine entsprechende Mehrheit in Resolution gemacht hat. Nach der Forderung, daß nur die Vertreter der Diktatur der Arbeiterheit von den Arbeitern als Arbeiterräte gewählt werden dürfen, wären also nicht einmal programmatische Kommunisten wählbar. Die Vertreter der Forderung der Diktatur der Arbeiterheit sind also kommunistischer als die Russen.“

### General Ludendorff enthüllt.

WTB. Berlin 10. Sept. Wie die „Berl. Börsenzeitung“ mitteilt, läßt General Ludendorff seinen bei Wittler und Sohn eine Erweiterung auf die Darstellung erscheinen, die das kürzlich veröffentlichte Weisbuch der Regierung im Zusammenhang mit dem Kriegsverlauf in einer dieser Tage in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Denkschrift über die Vorgehensweise des deutschen Heeresführungsstabes gegeben haben. General Ludendorff gibt unter anderem eine bisher nicht veröffentlichte Vereinbarung zwischen Reichsleitung und D. S. L. von Anfang 1918 bekannt, in der es heißt:

Die Verantwortlichkeit für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Sie bezieht sich auf die zu erzielenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse. Die obersten militärischen Stellen haben das Recht und die Pflicht, an den Verhandlungen in beratender Weise mitzuwirken, soweit sie ihnen die militärischen Interessen berühren. Der Minister dieser Interessen ist während des Krieges nicht auf die militärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch Fragen der Industrie, des Verkehrs, des Lebens, der Arbeiterinteressen, soweit diese mit der Kriegführung im Zusammenhang stehen, und die moralische Wirkung der getroffenen Maßnahmen auf das Heer. Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseitigen. Gelangt dies nicht, so ist die Entscheidung des Reiches einzuholen. Die erste Entscheidung über die höchsten militärischen Stellen in allen Fällen jeder eigenen Verantwortung. Der Reichskanzler hat in dem Falle, daß die militärische Entscheidung gegen ihn ausfällt, die ihm nach rechtschaff abliegende Konsequenzen zu ziehen, indem er seine Entlassung nimmt.

Am Schluß der neuen Ludendorffschen Schrift werden die seit 14. August betriebenen Schritte zur Herbeiführung einer neutralen Vermittlung geschildert und bemerkt, daß dem 10. September habe die Oberste Heeresleitung darauf gewartet, daß irgend etwas geschähe. Was sei kein Generalstabschef und ihm bei dem sechsten Niedergang der Heimat, der dadurch erzeugten Spannung an der Westfront und dem Ende September erfolgten militärischen Zusammenbruch Bulgariens zu tun übrig geblieben?

### Die Lage der deutschen Baumwollindustrie.

WTB. Berlin, 10. September. Die „Voll. Sta.“ meldet aus Rotterdam: „New York Times“ veröffentlicht das folgende Telegramm ihres Sanger Korrespondenten: Ein mangelnder deutscher Finanzmarkt erklärte mir, die miserable Lage der deutschen Baumwollindustrie zwinge Deutschland, sich nach Mitteln und Wegen zur Finanzierung des Imports von Rohbaumwolle umzusehen. Der Reichsminister für Textilien, Herr Weibel, sei nach Untersuchungen mit den bedeutendsten deutschen Banken zu der Ueberzeugung gekommen, daß die deutschen Banken den Baumwollimport nicht in Dollargeld garantieren können, weil sie mit ähnlichen Garantien überlastet seien. Der Ueberaufbau der deutschen Baumwollindustrie sei jedoch bei Marktschlafung zugrunde rücken würden. Es sei der Plan entworfen worden, eine besondere Baumwollbank in Bremen zu gründen, die mit dem legitimen Baumwollhandel hand in Hand arbeiten solle. Das Kapital der Bank solle 800 Mill. Mark betragen und aus Schuldverschreibungen der Städte

Bremen, Köln, Hamburg und Danzig bestehen. Diese Städte verantwortlichen höhere Werte, als Schuldverschreibungen des deutschen Reiches, da die Kredite so gut wie unter der Kontrolle der Entente stehen. Die Bank würde alle Baumwolllieferungen in Empfang nehmen und sie an die Spinnerinnen weiter leisten. Die Bank erhalte dann ihre Zahlung in Mark und investiere dieses Geld wieder unter amerikanischer Kontrolle in den Schuldverschreibungen der genannten Städte. Solch ein Schutz die Baumwollbank den Wert des ganzen amerikanischen Baumwollmarktes einerseits und begehrt andererseits alle Marktzahlungen für abgelieferte Baumwolle aus dem 800 Millionen-Kapital in den erwähnten Stadtblattationen.

### Ausland.

#### Die Unterzeichnung weiterer Verträge.

WTB. Bern, 9. Sept. Staatsminister Renner ist heute vormittag nach Saint-Germain zurückgekehrt. Die „Tages“ meldet, soll nach nicht feststehen, ob die Rumänen und Estland den österreichischen Vertrag morgen unterzeichnen. Die Tischgesprächen würden dagegen unterzogen.

Nach einigen Karlsruher Blättern soll morgen in Saint-Germain auch das zugehörigen den Alliierten getroffene Abkommen betreffend die Kolonien unterzeichnet werden. Es handelt sich hier um ein Nebeneinkommen über den Verkehr mit Spirituosen und den Handel mit Waffen, sowie um die Abänderung der Berliner und Brüsseler Akte.

#### Streik französischer Gemeindebeamter.

WTB. Bern, 9. Sept. Der Streik der Gemeindeangehörigen im Gendepartement umfaßt 76 Gemeinden. Der sozialistische Abgeordnete Delante hat in der Kammer eine Interpellation über den Streik eingereicht. „Tages“ zufolge werden in den meisten Gemeinden die notwendigen Dienste durch freiwillige Helfer aufrechterhalten.

### Aus der demokratischen Bewegung.

#### Die Zukunft der „Sille“.

Die Schriftleitung der „Sille“, Wilhelm Heise und Gertrud Bäumer, veröffentlicht folgende Erklärung: „Geht auf einen Kreis von Freunden, die in guten und bösen Tagen mit Naumann gemeinnamige Wege gegangen sind, wird die „Sille“ fortbestehen und in seinem Geiste fortgeführt werden. Wie Naumann selbst es gewünscht hat, wird die bisherige Schriftleitung dieses Amtes weiter wirken; sie wird sich aber, um das Band, das sie mit der „Sille“-Gemeinde verbindet, wenn möglich noch fester zu knüpfen, mit einigen führenden Persönlichkeiten aus dem alten Freundeskreis zu gemeinschaftlicher Herausgeberschaft vereinigen.“

#### Hofbad bei Raumburg, 10. Sept.

Hier fand am Dienstag eine von Herrn Waldbaum-Raumburg einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Parzellier Dr. Barthmann „Weisheiten“ über das Thema: „Was haben wir vom neuen Deutschland zu erwarten“ sprach. Der Redner erzielte mit seinen Ausführungen starken Beifall bei der gut besetzten Versammlung. In der Zwischenzeit nahm Herr Rechtsanwalt Baumberg, Berlin, welcher zufällig im nahen Tena zur Kur weilte, das Wort. In einer großzügigen Weise sprach er über wahre Demokratie und die Notwendigkeit des Zusammenstehens beider der Kampfes, wenn von links und rechts und hielt eine reizende Abrechnung. Der Erfolg der Versammlung war die Gründung einer Ortsgruppe. In diesen Tagen finden im Landkreis Raumburg eine Reihe weiterer Versammlungen statt und hat Herr Raumburg während der Dauer seiner Kur im Interesse der Demokratie seine Person zur Mitarbeit bereitwillig zur Verfügung gestellt.

### Halle und Umgebung.

Halle, den 11. September 1918.

#### Erhöhung der Eisenbahntarife.

Ein Entwurf über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preussisch-hessischen Staatsbahnen wird der Landesversammlung demnächst zugehen, während es sich für die Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife einer ähnlichen Regelung nicht bedarf. Ueber die beabsichtigten Maßnahmen erklärt das „L. T.“:

Die Gütertarife und die Personentarife können bis zu 50 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung erfolgt in der Form eines allgemeinen prozentualen Zuschlages, da es nicht möglich ist, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit eine organische Ueberänderung der Klassen und der Tarifklassen durchzuführen. Eine solche muß späterer Zeit vorbehalten bleiben, bis die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse festgestellt haben. Die Tarifüberhöhung wird trotz ihrer Höhe getragen werden müssen, zumal da die Lebensmittelpreise viel mehr gestiegen sind, als die Frachtpreise der Eisenbahnen; selbst beim Sinken der Preise wird die neue Tarifüberhöhung immer noch in burdous angemessenem Verhältnis zur Preislage der befürdeten Güter stehen. Im Güter- und Tierverkehr wird die Tarifüberhöhung der Zuschläge von 50 Prozent auf alle Frachtpreise durchzuführen. So wird z. B. der Streckenfahr für das Tonnenkilometer bei Elguth bei 400 Kilometer Entfernung sich von 33.12 Pf. auf 49.68 Pf. erhöhen. In gleichem Maße steigen die Wertungsgeschichten. Im Personenverkehr erfolgt ebenfalls eine Tarifüberhöhung von 50 Prozent, die sich auch auf 3. Klassen und Stadtertarife in Berlin und Altona erstreckt. Die Erhöhung umfaßt hochpreisige, Schnellzugtarife und Schnellzugtarifpreise, Sonderkarten, Gepäck- und Expressaufträge und die Preise für die Bestellung von Sonderwagen. Mit später ist beschloßen, ein Zweifelsystem durchzuführen, welches Ausführena eine besondere Einstufungsmöglichkeit zurzeit vorbereitet. Die Einführung dieser Maßnahmen kann aber erst erfolgen, wenn die Reparaturverhältnisse weniger überlastet sind. Die organische Durchbesserung der Personentarife unter Abänderung der Einheitspreise ist ebenfalls geplant. Vom 1. Oktober ab wird der neue Preis durch Ueberhebung der Karten ersichtlich sein, ein Neubau kann erst allmählich erfolgen.

Die Kilometerpreise erhöhen sich in der 1. Klasse von 13 auf 27 Pf., in der 2. Klasse von 7.08 Pf. auf 11.97 Pf., in der 3. Klasse von 4.81 Pf. auf 7.215 Pf., in der 4. Klasse von 3 Pf. auf 4.5 Pf. Militärfahrkarten werden nicht er-

Die Erhöhung der Eisenbahntarife wird durch den Krieg bedingt. Die Erhöhung der Eisenbahntarife wird durch den Krieg bedingt. Die Erhöhung der Eisenbahntarife wird durch den Krieg bedingt.



